

Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Lebens Mitte der 1960er Jahre bis Anfang der 1980er Jahre in den drei Nordbezirken der DDR



VON
MICHAEL HEINZ

Die Entwicklung des Agrarwesens in der DDR kann man in vier sich teilweise überschneidende Phasen bzw. Umbrüche einteilen: bäuerlich geprägte Landwirtschaft infolge der Bodenreform (1945–1960), Vergenossenschaftlichung (1952–1963), Industrialisierung (1963–1981) und Konsolidierung/Kurskorrektur (1981–1989). Gelten die beiden ersten Abschnitte der Agrarentwicklung als gut erforscht, kann hiervon im Hinblick auf die Industrialisierungsphase des DDR-Agrarwesens nicht die Rede sein. Dieser Abschnitt der Entwicklung der Landwirtschaft war geprägt durch Chemisierung, Technisierung sowie durch eine schrittweise Konzentration und Spezialisierung der Produktion und bildet den Gegenstand des Dissertationsprojektes.

Das Untersuchungsgebiet beschränkt sich auf die drei Nordbezirke Neubrandenburg, Rostock und Schwerin, die besonders stark durch das Agrarwesen geprägt waren. Sie erwirtschafteten einen Überschuss an landwirtschaftlichen Produkten und waren somit eine Kornkammer des östlichen Teils Deutschlands. Die Nordbezirke verfügten über weitgehend gleiche Voraussetzungen in Bezug auf Struktur der Dörfer sowie Klima- und Umweltbedingungen und waren wirtschaftlich miteinander verflochten. War das südliche Territorium der DDR eher durch bäuerliche Landwirtschaft geprägt worden, dominierten vor 1945 in Mecklenburg, Vorpommern und dem nördlichen Brandenburg landwirtschaftliche Güter das Agrarwesen.

Zeitlich eingegrenzt wird die Untersuchung durch den VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) 1963 – dort wurde der allmähliche „Übergang zu industriemäßigen Methoden in der Landwirtschaft“ gefordert – und durch den XII. Bauernkongress der DDR 1982, auf dem ein Kurswechsel in der Landwirtschaftspolitik propagiert wurde. Der Schwerpunkt dieses Projektes liegt allerdings v. a. auf den 1970er und den späten 1960er Jahren.

Letztere Dekade gilt bei vielen Forschern als erfolgreichste Etappe der Landwirtschaft der DDR. Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG), die während der Zwangsvergenossenschaftlichung zum Teil überhastet gebildet worden waren und die das Agrarwesen der DDR beherrschten, festigten sich allmählich nicht zuletzt unter dem Eindruck des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung (NÖSPL). Oft wird in der Forschungsliteratur der Eindruck erweckt, dass es sich den 1960er Jahren um eine relativ stabile Periode der Landwirtschaftsentwicklung handelt. Diese Auffassung kann nach Ansicht des Autors nicht aufrechterhalten werden. Das Agrarwesen der DDR war einem ständigen Wandel unterworfen. Dieser Umstand ist mehreren Faktoren geschuldet: der Auffassung der SED alle Änderungen schrittweise durchzuführen, einer zu konstatierenden Experimentierfreudigkeit, der Korrektur fehlerhafter Entwicklungen und später personellen Änderungen in der Leitung der Landwirtschaft (Tod des Landwirtschaftsministers Georg Ewald 1973 und des Sekretärs des Zentralkomitees der SED (ZK) für Landwirtschaft Gerhard Grüneberg 1981). Durch den Mauerbau 1961 sah man sich in der Lage, Landwirtschaftspolitik offener durchzusetzen. In den 1960er Jahren gab es mehrere parallele Entwicklungen, die einschneidende Veränderungen auf dem Lande mit sich brachten. Als Eingeständnis gegenüber den Bauern hatte man im Zuge der Vergenossenschaftlichung landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften zugelassen, in denen das Vieh privat gehalten wurde. In den 1960er Jahren begann man, die Bauern dieser sogenannten LPG Typ I dazu zu bewegen, geschlossen vollgenossenschaftlichen LPG Typ III beizutreten. Den LPG Typ I gedieh weit weniger Hilfe an. Sie überalterten und besaßen zu wenig Technik, sodass deren „Weiterentwicklung“ als sogenanntes „objektives Erfordernis“ erscheinen musste. Letztendlich hatten die LPG Typ I aber zu weichen, weil sie häufig nach einzelbäuerlichen Prinzipien wirtschafteten. Oftmals existierten in den Dörfern noch mehrere landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (auch unterschiedlichen Typs). Die SED ging schon zu Beginn der 1960er Jahre dazu über, die Anzahl der Agrar-genossenschaften zu reduzieren. Die Zahl der LPG halbierte sich von 1960 zu 1970 auf 9009. Je Gemeinde bestand meist nur noch ein Agrarbetrieb.

Dieser Konzentrationsprozess war bereits Bestandteil des SED-Programms zur Vorantreibung der industriemäßigen Produktion. Ein anderer Teil bestand darin, die traditionelle bäuerliche Mehrspartenproduktion, die die LPG übernommen hatten, einzuschränken. Die Agrarbetriebe sollten sich mehr und mehr Hauptproduktionszweigen zuwenden. Unter anderem zu diesem Zweck sollte die Kooperation dienen, welche ab 1965 verstärkt angemahnt wurde. Die Zusammenarbeit der Betriebe war für SED unerlässlich, um sukzessive größere Wirtschaftseinheiten zu bilden und ab 1967 die Herauslösung der Pflanzenproduktion aus den LPG und Volkseigenen Gütern (VEG) zu organisieren. Durch Propagandaarbeit gelang es der Einheitspartei,

viele Beschäftigte in der Landwirtschaft, wenn auch oft widerwillig, zur Teilnahme an der Umsetzung ihrer Politik zu bewegen. Allerdings gab es dabei auch Rückschläge, v. a. 1969, als Walter Ulbricht, der 1. Sekretär des ZK der SED, Gerhard Grüneberg öffentlich für „Überspitzungen“ kritisierte und die Kooperation in weiten Teilen zumindest zeitweise zusammenbrach. Aber auch danach scheute man sich nicht, zu rigiden Maßnahmen zu greifen. Beispielsweise führte man Technik nur da zu, wo ein überbetrieblicher Einsatz gewährleistet war.

Die endgültige Trennung von Ackerbau und Viehhaltung erfolgte insbesondere nach dem VIII. SED-Parteitag 1971. Man bildete verstärkt Kooperative Abteilungen Pflanzenproduktion (KAP), die Mitte der 1970er Jahre zu eigenständigen LPG und VEG der Pflanzenproduktion umgewandelt wurden. Den ursprünglichen LPG, die zunächst noch als Trägerbetriebe der sich schnell verselbständigenden KAP fungierten, blieb nur noch die Tierproduktion. Bei diesen setzte ebenfalls ein Fusionsprozess ein.

Die Industrialisierung der Landwirtschaft vollzog sich v. a. im pflanzlichen Bereich, da nach Meinung der Einheitspartei nur damit die Voraussetzung für eine angestrebte industriemäßige Tiermassenhaltung geschaffen werden konnte. Beide Ziele konnten aber nicht vollständig verwirklicht werden. Die Maschinenzuführung in der Feldwirtschaft reichte nicht aus und die Technologie veraltete schnell, denn die Landmaschinenindustrie war mit der Versorgung der eigenen Wirtschaft sowie dem ehrgeizigen Exportprogramm überfordert. Es trat ebenfalls ein Mangel an Chemikalien ein. Bei der Errichtung industrieller Tierhaltungsanlagen wie Bullenmastställe mit 10.000 Plätzen stieß man gleichermaßen schnell an Grenzen. Es wurden nicht genügend Anlagen errichtet, um die Probleme der Tierproduktion lösen zu können. Hinzu kamen teilweise jahrelange Bauverzögerungen, weil wichtige Teile und Maschinen fehlten. Letztlich konnte gegen Ende der DDR nur rund 30 % des Viehs unter industriemäßigen Bedingungen gehalten werden. Der ansteigende Fleischverbrauch und das Idealbild der autarken Versorgung der DDR erzwangen größere Tierbestände, deren vollständige Futterabsicherung nicht kontinuierlich gewährleistet werden konnte. Ein großer Teil des Viehbestandes musste weiterhin in kleinen, oft veralteten Ställen gehalten werden, in denen ein hoher Handarbeitsaufwand herrschte. Die Mittel zur Rekonstruktion und Rationalisierung reichten nicht aus. So entsprachen die Arbeitsbedingungen bei weitem nicht denen einer angestrebten industriemäßigen Produktion.

Auch der Mangel an Arbeitskräften stellte zunehmend einen begrenzenden Faktor für Fortschritte dar, obwohl die DDR im Vergleich zu anderen Industriestaaten einen sehr hohen Anteil von Beschäftigten in der Landwirtschaft aufzuweisen hatte. Oft war es schwierig, Nachwuchs für die Landwirtschaft zu gewinnen. Daher versuchte die Staats- und Parteiführung, über die Verbesserung der Lebensbedingungen auf den Dörfern Abhilfe zu schaffen, wenn auch nur mit begrenztem Erfolg. Aktivitäten in diesem Bereich oblagen meist der Initiative der Unternehmen auf dem Lande.

Die Trennung von Ackerbau und Viehwirtschaft, die Mitte der 1960er Jahre peu à peu über den Weg der Kooperation begann und zur Mitte des Folgejahrzehnts abgeschlossen werden konnte, war in der DDR und innerhalb des sozialistischen Wirtschaftsgebietes umstritten. Der Transport- und Verwaltungsaufwand erhöhte sich. In vielen Gemeinden waren die Beziehungen zwischen den Produktionseinheiten konfliktgeladen. Trotz der ständig angemahnten Kooperation in der Landwirtschaft gelang es der SED nicht, die Agrarbetriebe flächendeckend zu einer effektiven und reibungslosen Zusammenarbeit zu bewegen. Vielmehr schuf man weitgehend einseitige Abhängigkeitsverhältnisse zulasten der Tierproduzenten, da kein freier Futtermarkt existierte. Auch der Alltag der Beschäftigten in der Landwirtschaft erfuhr große Veränderungen. Zwischen den Dörfern und auch in den Familien bildeten sich teilweise Gräben.

Die industriemäßige Großproduktion entsprach dem gesellschaftspolitischen Konzept der SED. Die Unterschiede zwischen Stadt und Land sollten beseitigt werden. Es drängt sich der Schluss auf, dass man bestrebt war, mithilfe administrativer Maßnahmen eine vermeintlich gesetzmäßige Abfolge der Gesellschaftsformationen auf dem Land herzustellen. Offenbar sollte die ländliche Bevölkerung proletarisiert und damit die Macht der „Partei der Arbeiterklasse“ gestärkt werden, was aber aus verschiedenen Gründen nur teilweise zum Erfolg führte. Man gab den früheren Grundsatz der „Einheit von Wohn- und Arbeitsplatz“ auf. Der Ausbau von Zentraldörfern, in denen die Bevölkerung konzentriert werden sollte, wurde forciert, was sich zulasten kleinerer Ortschaften auswirkte. Agrarbetriebe zogen sich im Zuge der Konzentration und Spezialisierung mit ihren Produktionsstätten aus Dörfern in Randlagen zurück, was sich spürbar negativ in deren Erscheinungsbild bemerkbar machte. Eine Landflucht aus kleinen Dörfern insbesondere von jungen Menschen war die Folge. Die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, die seit dem VIII. Parteitag der SED 1971 in den Mittelpunkt rückte, wirkte sich stark auf die ländlichen Regionen aus. Investitionen gingen zugunsten des Wohnungsbaus in den Städten zurück. Andererseits wurden zunehmend Eigenheime auf dem Land errichtet, um dem Wohnraummangel Herr werden zu können. Allerdings setzte auch hier die Mangelwirtschaft Grenzen.

Der SED-Gigantismus, der sich in überdimensionierten Betriebsgrößen äußerte, hatte verheerende ökonomische und ökologische Folgen, die aus ideologischen Gründen durch die Einheitspartei weitgehend übergangen wurden. Die rigorose Trennung der Produktionszweige und die Organisation der Arbeit nach Produktarten führten nicht zum erhofften wirtschaftlichen Erfolg. Die Erträge gingen in den 1970er Jahren im Vergleich zur vorangegangenen Dekade in Teilbereichen zurück. Andere sozialistische Länder mit kollektivierter Landwirtschaft wie die ČSSR und Ungarn konnten höhere Leistungen in der Feldwirtschaft erreichen, obwohl die DDR Mitte der 1960er Jahre in diesem Sektor von der Leistung her noch überlegen war. So sah sich Werner Felfe, der ZK-Sekretär für Landwirtschaft, 1982 dazu gezwungen, angesichts der Landwirtschaftspolitik der 1970er Jahre, die stark durch seinen Vorgänger Gerhard Grüneberg geprägt war, zu konstatieren: „Offenbar erweist sich eine Marxsche Erkenntnis wiederum als richtig: konzentriert man die Produktion zu stark, ohne

auch die Effektivität zu steigern, so kann man unversehens von einer intensiv betriebenen Wirtschaft in eine mehr extensive Art zu wirtschaften hineingeraten.“

Die Bedeutung der Genossenschaften ging weit über die einfacher landwirtschaftlicher Betriebe hinaus. Da die Kommunen weder über Finanz- noch Produktionsmittel in ausreichendem Maße verfügten, mussten die LPG diese Lücke ausfüllen. Sie leisteten einen Großteil des ländlichen Wohnungs- und Hausbaus, errichteten Wasser- und Stromversorgung, bauten Straßen, Kindertagesstätten, Gasthäuser, Einkaufseinrichtungen und vieles mehr. Ihr Maschinenpark und ihre Arbeitskräfte standen oftmals der ländlichen Bevölkerung in Ermangelung von Dienstleistungsbetrieben zur Verfügung. Diese Ausnahmestellung der LPG brachte allerdings auch Probleme hinsichtlich der Machtkonzentration in den Gemeinden mit sich. Die Bürgermeister waren zwar meist in den SED-Grundorganisationen der Agrarbetriebe eingebunden, sahen sich aber gegenüber den LPG-Vorsitzenden oft in eine Bittstellerposition gedrängt. Obwohl die Genossenschaften demokratisch organisiert sein sollten, bestimmte häufig der Vorsitzende über die Geschicke des Betriebes. Daher blieb die halbherzig vorgebrachte Kritik von Partei- und Staatsorganen an Mängeln bei der Durchsetzung der sogenannten „innergenossenschaftlichen Demokratie“ bis zum Ende der DDR ständig aktuell. Die Genossenschaften wurden aus den genannten Gründen somit unbeabsichtigt in mancherlei Hinsicht zu Erben der landwirtschaftlichen Großgüter der Vorkriegszeit.

Da eine flächendeckende Industrialisierung des Agrarwesens scheiterte, beachtete man seit den 1970er Jahren die große Bedeutung des Sektors der individuellen Produktion stärker. Beispielsweise lieferte der private Agrarsektor rund 45 % des Aufkommens an Eiern und 100 % des Kaninchenfleisches und Honigs. Durch die zunehmende Förderung dieses Bereiches nahm man in Kauf, dass das Idealbild einer verstädertten Gemeinde konterkariert wurde. Die Individualwirtschaften boten zum einen die mögliche Vervielfachung des persönlichen Einkommens, zum anderen dienten sie als bäuerlicher Rückzugsraum, sodass die Arbeit in den LPG zum Teil vernachlässigt wurde.

Zu Beginn der 1980er Jahre erkannte die SED, dass man nicht in der Lage sein würde, städtische Lebensweisen im ländlichen Raum einzuführen. Die Führung der Einheitspartei hob entgegen der bisherigen Politik bäuerliche Traditionen und den dörflichen Charakter hervor. Auch die geschilderten Mängel im Agrarwesen zogen Korrekturen der Politik nach sich. Somit fand ein allgemeiner Kurswechsel in der Landwirtschaftspolitik statt, der sich gegen eine übermäßige Konzentration und Spezialisierung der Produktion wandte. Beispielsweise setzte man auf das Territorialprinzip, statt wie bisher auf die produktartengebundene Organisation in der Pflanzenproduktion. Letztere hatte zu einem Mehraufwand an Kosten und zu einer Loslösung der Beschäftigten in der Landwirtschaft von den Dörfern geführt. Bei diesem Kurswechsel dürfte auch der Tod des ZK-Sekretärs für Landwirtschaft Grüneberg eine Rolle gespielt haben. Die bisher sehr wenig erforschten politischen Korrekturen in den 1980er Jahren können angesichts der Komplexität der Vorgänge in den beiden vorangegangenen Jahrzehnten in der Dissertation nur angeschnitten werden, bedürfen aber der Erläuterung, um die Entwicklungen einordnen zu können.

MICHAEL HEINZ, 1979 in Rostock geboren, wuchs in Kröpelin auf. Von 1999 bis 2004 studierte er Geschichte und Politikwissenschaften an der Universität Rostock. Der Doktorand kann auf seine Magisterarbeit „Agrarentwicklung im Kreis Bad Doberan in den 1970er Jahren“ aufbauen.